

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboaukuntopreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlahn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntägl. R. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn R. 5.—, erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weitinerplatz 10. Tel. 26281. Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Weitinerplatz 10. Tel. 26281. Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Anzeigen werden die gespaltenen Werbezettel mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinanzeigen 25 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/10 Uhr fehl in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 266.

Dresden, Sonnabend den 15. November 1913.

24. Jahrg.

Bürger, Arbeiter, Einwohner! Agitiert für die Stadtverordnetenwahl!

Ecceus und Brandt verzichten im Interesse der deutschen Industrie auf Einlegung der Revision; ihre Bestrafung wird damit rechtfristig.

Reichsratswahl und Gewerkschaftszentrale in Holland waren gelegentlich der Verratung der Wahlreform in der ersten August-Wahlrechtsdemonstrationen im ganzen Lande verantwortlich.

Aus Südrankreich werden schwere Hochwasser Katastrophen gemeldet.

Die neugranischen Konstitutionalisten haben Tunis, die Hauptstadt des Staates Sfax, eingenommen.

Das Volksparweien.

Der Verein für Sozialpolitik hat, nach einem Beschluss vom 5. Januar 1907, eine Untersuchung über das Volksparweien vorgenommen, deren Ergebnisse jetzt in vier Bänden vollständig vorliegen. Von allgemeinem Interesse ist besonders der fürstlich erledigte vierte Band, der ein Gesamtbild von dem Sparfassenweien in den wichtigsten Staaten gibt. Über die bedeutendste Frage freilich, darüber nämlich, innerhalb die große Masse des Volkes, in welchem Maße die Leute an den Spareinlagen beteiligt sind, konnte auch diese Untersuchung keine befriedigende Antwort geben.

Die öffentlichen Sparfassen, die im wesentlichen von Gewerken errichtet werden, sind im allgemeinen, mehr oder weniger, Bankinstitute des sogenannten Mittelstandes. Die kleineren und mittleren Unternehmer, die Landwirte und auch Pächter größerer Kapitalien legen einen Teil ihres Geldes in den Sparfassen minderlicher und gegen verhältnismäßig gute Vergütung an, vorübergehend oder dauernd. Es gibt kein Bild der Sparfähigkeit, wenn auch in dieser Untersuchung z. B. mitgeteilt wird, auf 100 Einwohner könnten

	Einlagen
Gesamt	30.77
Königreich Sachsen	63,10
Sachsen-Weimar	43,50
Bayern	29,75
Württemberg	28,25
Baden	27,74
Württemberg-Schwaben	21,81
Hessen	21,72
Bayern	14,51

Die Zahlen belegen wenig, ebenso wie die Höhe der Guthaben: daß nämlich im Deutschen Reich aus dem Stock der Bevölkerung 221,50 M. Sparguthaben kommen, in Baden 35,80 M., in Sachsen 313 M., in Bayern aber nur 77 M. und im Jahre 1910 gab es in Sachsen 361 Sparfassen, ein einiger „Sparer“ kann also 361 Sparfassenschriften innehaben. Außerdem kann eine Familie von fünf Köpfen fünf Bücher bei einer Sparfasse besitzen, in 20 Sparfassen 100 Konten haben, also ein Vermögen von Hunderttausend und mehr in Sparfassen gegen eine Vergütung von 3½ Proz. anlegen. Letztlich haben auch zahlreiche vermögende Leute in verschiedenen Sparfassen des Landes gewisse Summen angelegt, auch deshalb, weil dadurch die Kontrolle der Steuerbehörden erweitert oder ganz ausgeschaltet wird.

Dr. Karl Leonhardt, wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Handelskammer zu Offenbach a. M., hat nun im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik auch die Berufe der Einleger der städtischen Sparfassen in Offenbach ermittelt. Offenbach ist eine Arbeiterstadt, wo also die Arbeiter gegenüber anderen Städten auch in den Sparfassen besonders stark vertreten sein müssten. Von 3 295 447 M., die von erwachsenen männlichen Personen eingezahlt waren, kamen aber nur 639 696 Mark von gelernten Arbeitern, 94 034 M. von ungelernten Arbeitern. Von den 1 599 764 M. der weiblichen Personen kamen 2294 M. auf Arbeiterinnen, 117 534 M. auf Schneiderinnen, 56 810 M. auf Ladenarbeiterinnen und 77 449 M. auf Dienstmädchen. Es mögen freilich auch unter den berufsfreien Frauen, die 986 606 M. eingezahlt hatten, sich eine Anzahl Arbeiterfrauen befinden. Und unter den rund 2 Millionen Einlagen aus den umliegenden Dörfern stammten ebenfalls ein Teil von Arbeitern. Aber auch selbst diese Statistik gibt keine befriedigende Auflösung über die Sparfähigkeit der Arbeiter. So teilt Dr. Leonhardt u. a. mit: „Über dem Durchschnitt der Offenbacher Sparguthaben stehen die Kopfteile der besser situierten Einleger, und zwar der Reihe nach Berufslöse, Handarbeiter, selbständige Gewerbetreibende, leitende Angestellte, Angehörige der freien Berufe und Schneiderinnen.“ Der hohe Durchschnittsbetrag für die letzteren erklärt sich aus dem Vorhandensein mehrerer großer Sparguthaben im Besitz von gebrochenen selbständigen Schneiderinnen (Inhaberinnen großer Konfektionsgeschäfte).“ Ebenso wird die Statistik verzerrt durch die Belastung einzelner Konten von

Arbeitern, die nichts mit Sporttätigkeit zu tun haben. So hatten z. B. 357 gelernte Arbeiter Einlagen von 1000 bis 5000 M., 23 gelernte Arbeiter Einlagen von 5000 bis 10 000 Mark und 5 gelernte Arbeiter sogar Einlagen von 10 000 bis 20 000 M. Auch 4 ungelernte Arbeiter hatten Einlagen von 5000 bis 10 000 M., 61 zwischen 1000 und 5000 M. Das sind im wesentlichen Erbschaften oder Lotteriegewinne, aber sicher keine gesparten Gelder. Dadurch aber wird erzielt, daß auf jeden gelernten Arbeiter 71, auf den ungelernten Arbeiter 31 M. Einlagen kommen. Haft die Hälfte der Arbeiter hat aber nur eine Einlage bis 50 M., weit über die Hälfte nur bis 100 M.

Eine Statistik der Sparten nach Berufen kennt allem Anschein nach nur Nürnberg, wo das Sparfassenweien auch am meisten zentralisiert ist. Von den 7705 Sparfassen, die 1911 in Nürnberg bestanden, waren 987 Zentralfassen, welche selbständige Initiativen bei Postämtern, Fabriken und Gutsbezirksverwaltungen beobachtet. Die beiden in St. Petersburg und Moskau bestehenden Zentralfassen hatten 37 bzw. 36 Zentralfassen, 67 bzw. 63 Postfassen, 13 bzw. 9 Fabrikfassen. Die Reichsbank bezog 123 Zentralfassen mit 91 Filialen, 1180 Post-, 60 Fabrik- und 50 Gutsbezirkfassen; die Rentamt 765 Zentralfassen mit 4012 Post-, 18 Fabrik- und 56 Gutsbezirkfassen. Auch die Postämter, die Bahnhofsverwaltungen, Postverwaltung, Kriegsschiffe usw. haben zahlreiche Sparfassen eingerichtet, die sich über das ganze Reich verbreiten. Ende 1911 verteilten sich nun die Sparten auf folgende Berufe:

Gesamt	Einlagen
Gesamt	30 694 9,81
Landwirtschaft und ländliche Gewerbe	3 200 188 400,60
Städtische Gewerbe	1 008 088 156,12
Fabrik- und Bergarbeiter	406 519 63,43
Dienstboten	653 280 101,44
Kaufleute	639 087 180,70
Geistige	204 194 62,50
Öffigkeiten	70 981 17,58
Wiederh. Militärs	316 481 30,85
Staatsbeamte	279 476 55,43
Kommunal- und Privatbeamte	1 140 634 222,08
Andere Berufe	648 488 119,44
Juristische Personen	355 534 117,96

Eine derartige Statistik fehlt in Deutschland. Von Nürnberg weiß man also wenigstens, daß 406 519 Fabrik- und Bergarbeiter Sparkonten haben und auf jeden Einleger rund 130 Rubel Guthaben kommen. Hierbei ist zu beachten, daß die russischen Arbeiter von ihrer ländlichen Heimat noch nicht ganz losgelöst sind. Viele von ihnen arbeiten nur einen Teil des Jahres in der Fabrik oder im Bergwerk oder kehren jedenfalls nach einer gewissen Zeit dauernd oder auf einige Monate in ihr Heimatdorf zurück, nachdem sie eine bestimmte Summe Geldes, bei elender Lebensweise, in der Fabriksparsparfasse zurückgelegt haben. Von den gekonnten Arbeitern ist es auch nur ein kleiner Teil, der sich einige Rubel sparen kann. Und die 63 Millionen Rubel Spargelder der Arbeiter bilden nur den Teil der gesamten Spareinlagen in der Höhe von 1503 Millionen Rubel.

Wie sich die zahlreichen Einlagen in den Sparfassen erläutern lassen, darüber hat Dr. Fritz Hahn in drei kleinen Städtchen an der Bergstraße Untersuchungen gemacht. Ein großer Teil der Landwirte, berichtet er, bringt einmal im Jahre, gewöhnlich im November, den Erlös aus dem Verkauf von Getreide, Lach und sonstigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zur Kasse. Da es bei den Schmieden, Wagner und Sattlern noch Sitze ist, jährliche Rechnungen auszustellen, so kommt für sie der Januar als Einzahlungsmonat in Betracht. Andere Gewerbetreibende, wie Fleischer und Wirt, haben in den Sommermonaten größere Einnahmen, von denen für einen Teil zur Sparfasse bringen. Das Geld wird dann nach und nach abgehoben, wie es eben gebraucht wird.

So ist es auch in Sachsen, wo die Landwirte die meisten Einlagen machen, obwohl die Industrie vorherrscht und die Arbeiter besonders zahlreich sind. Selbstverständlich haben auch Arbeiter Sparkonten, die Beträge sind aber in der Regel sehr klein und werden abgehoben bei bestimmten Anlässen, wie Konfirmationen usw. Das Sparen der Arbeiter ist meistens nichts anderes als eine zweckmäßige Einteilung des Konsums.

Nicht die öffentlichen Sparfassen, die Bankinstitute der Mittelschichten sind, sondern die „Volkfürsorge“ wird einmal ein richtiges Bild von dem geben können, was man das Volkswesen nennt, sobald diese von den Gewerkschaften und Konsumvereinen ins Leben gerufene Einrichtung auf der Höhe ihrer Entwicklung ankommt.

Hinter geschlossenen Türen.

Aus der Rüstungskommission.

Es wird berichtet:

Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück trat am Freitag vormittag im Obergefecht des Reichstags die Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen zusammen. Die Verhandlungen wurden gleich zu Beginn für streng vertraulich erklärt. Jedoch soll eine Unterkommission täglich Berichte feststellen, die durch das Polizei-Depeschenbureau verbreitet werden sollen. Am Schluß der Verhandlungen soll das gesamte Material im Druck erscheinen und der Öffentlichkeit unterbreitet werden. Dabei soll von der Veröffentlichung solcher Stellen abgesehen werden, deren vertrauliche Behandlung im Interesse der Landesverteidigung liege.

Lebte die Frage der Abstimmung des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Liebknecht hand keine Debatte statt. Die Mitglieder der Reichstagsfraktionen, die der Kommission angehören, kamen vor der Sitzung zu der Ansicht, daß die Frage der Ablehnung Liebknechts nicht zur Kompetenz der Kommission gehöre, sondern im Reichstage zwischen den Parteien und der Regierung besprochen werden müsse.

Das Polizei-Bureau verbreitete ferner folgende Meldung über die erste Sitzung der Kommission:

„An Stelle der durch die parlamentarische Tätigkeit im bürgerlichen Landtag verhinderten Abgeordneten Sped und Müller Steimann waren die Abgeordneten Dr. Pleicker und Dr. Bachaue eingesetzt. Der Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, Heinzen, und der Güterabteilungsleiter Dr. Delbrück, in der er über die Aufgaben der Kommission und die Ordnung der Gesetzte Verpflichtung machte und unter Darstellung der Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Fraktion mitteilte, daß diese eine Mitwirkung an den Arbeiten der Kommission abgelehnt habe, begannen die Verhandlungen damit, daß Vertreter des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamts über folgende Gegenstände Referate erhielten:

Von Vertretern der Heeresverwaltung wurde rejetiert:
1. über die Entwicklung des Gründungs- und Metzgebens für Lieferungen und Leistungen im Bereich des Artillerie- und Waffenbedarfs;
2. über die geschichtliche Entwicklung der Gründungs- und Metzgebens für Verbindung und Lieferungen und Leistungen im Festungsbau;
3. über die Grundlage für Beschaffungen auf dem Gebiet des Militärverkehrsbedarfs; 4. über die Gründungs- und Metzgebens für Verpflegungsmittel für Mann und Wied unter Berücksichtigung ihrer historischen Entwicklung; 5. über die Beschaffung der Verschließungs- und Ausrüstungsfäule.

Seitens der Marineverwaltung wurden die Entwicklung und der gegenwärtige Stand der Grundlage und Methoden für Rüstungslieferungen dargelegt: 1. für den Bereich des Kriegsbedarfs; 2. für den Bereich des Waffenbedarfs; 3. für den Bereich des Schiff- und Maschinenbaus; 4. für den Bereich des Verpflegungsbedarfs; 5. für den Bereich des Beliebungsbedarfs.

An die Rechte schlossen sich Bemerkungen aus der Mitte der Kommission auf Vorlage statistischen Materials und Fragen über Einzelheiten des Lieferungsmaterials.

Auf Vorschlag des Staatssekretärs des Innern soll ein kleiner geschäftsleitender Ausschuß eingesetzt werden, der die Arbeiten der Kommission vorbereitet und Berichte über jede Sitzung für die Öffentlichkeit feststellt. In diesen Ausschuß werden Vertreter des Reichsstaats des Innern, des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamts sowie die Abgeordneten Graf v. Westarp, Schulz, Geyerberg, Dr. Sollert und Pleicker gehören. — Die Kommissionsverhandlungen werden am Sonnabend fortgesetzt.

Das ist also der Anfang der amtlichen Berichterstattung über die Verhandlungen der Rüstungskommission! Ein solcher Bericht kann selbstverständlich für die Öffentlichkeit nicht die geringste Bedeutung haben. Ausschluß unliebhafter Abgeordneter, Geheimverhandlung, Berichterstattung ohne Inhalt — die Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen beginnt ihre Arbeiten wahrscheinlich vielversprechend.

Deutsches Reich.

Von Hahn bis Ropsh.

Die Nationalliberalen sind zufrieden und sie haben dazu allen Grund. Zum guten Teil dank ihrer rostigen Wahlarbeit hat sich der Liberalismus immer mehr auf den von Hochschülern und Scharfmachern eingenommenen Standpunkt zurückgezogen. Er befindet sich wieder auf die gemeinsamen Interessen, die das Bürgertum gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft zu vertreten hat, und — was den Bürgernmannen ganz besondere Freude bereitet — er schließt sich im Namen der Freiheitsrechte der Arbeitswilligen der Kampagne gegen das Koalitionsrecht an. Dass die Nationalliberalen Reichskoalitionen darob triumphiert, ist verständlich, und dass nun gar die Stellungnahme des Kartellbundes sie in das größte Entzücken versetzt, war vorauszusehen. Nun ist ja der Friede zwischen der Sieghaft und den Liberalen wieder hergestellt, und jetzt kann man den frischen fröhlichen Kampf